

URL: [http://www.nw-news.de/nw/lokale\\_news/guetersloh/guetersloh/?cnt=1007607](http://www.nw-news.de/nw/lokale_news/guetersloh/guetersloh/?cnt=1007607)

## Polizei will Neonazis umleiten

### Protest gegen Aufmarsch formiert sich



[Leitet  
den  
gesamten  
Einsatz](#)

Gütersloh/Bielefeld (raho). Die Polizeibehörden sind offenbar nicht bereit, die angemeldeten Routen für die Neonazi-Aufmärsche in Gütersloh, Bielefeld und Minden am 16. September zu akzeptieren. Vorige Woche sind den Anführern der Rechten Alternativvorschläge unterbreitet worden. Ziel der Behörden ist es, die Innenstädte von den Demonstrationen weitgehend zu verschonen.

Bis gestern gab es nach Auskunft des Bielefelder Polizeisprechers Martin Schulz allerdings noch keine offizielle Reaktion. Das Bielefelder Polizeipräsidium ist inzwischen von der Bezirksregierung mit der Koordination der Einsätze in allen drei Städten beauftragt worden. Die Leitung liegt beim dortigen Polizeidirektor Andreas Krummrey, der zuvor mehrere Jahre Polizeichef in Gütersloh war. Sein Nachfolger Karsten Fehring, der im März die Einsatzleitung beim ersten Aufmarsch der Neonazis um den Verler Christian Menzer hatte und von allen Seiten für seine auf Deeskalation ausgerichtete Taktik gelobt wurde, steht daher diesmal nur in der zweiten Reihe.

Zur Konfrontation kommt es diesmal vermutlich schon im Vorfeld. Denn hinsichtlich der Marschrouten wolle man sich "von der Bürokratie nicht auf der Nase herumtanzen lassen", heißt es auf der Internetseite der Nationalen Offensive Schaumburg, die die Demonstration in Minden angemeldet hat. Im Anschluss an das Abstimmungsgespräch in Bielefeld sei daher ein Rechtsanwalt eingeschaltet worden.

Wie berichtet, wollen die Neonazis, die zu einem "Großkampftag OWL" aufgerufen haben, ab dem frühen Nachmittag auch in Gütersloh mitten durch die City marschieren - mit Zwischenkundgebungen vor dem Rathaus und am Arbeitsamt. Sollten sich die Anführer, unter anderem der seit 20 Jahren bundesweit aktive Bielefelder Neonazi Bernd Stehmann, mit den Ausweichstrecken nicht zufriedengeben, werden ihnen schriftliche Auflagen gemacht, die wie bereits im März auch Kleidung und sonstiges Auftreten betreffen.

Über die Größe des Polizeiaufgebots konnte der Behördensprecher noch keine Angaben machen. Das hänge unter anderem von der Gefährdungsanalyse ab, die allerdings noch nicht abgeschlossen sei. Im März hatten rund 1.000 Beamte aus ganz NRW in Gütersloh Straßen abgeriegelt und 150 Neonazis von den rund 3.000 Gegendemonstranten abgeschirmt.

Unterdessen formiert sich erneut breiter Bürgerprotest. Rund 60 Vertreter von Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Ratsfraktionen und weiterer Institutionen kamen am Freitag zum Runden Tisch im Ratssaal zusammen, um ihre Planungen zu konkretisieren und zu koordinieren. "Friedlich aber bestimmt wollen die Beteiligten auch diesmal ihre Ablehnung ausdrücken", heißt es. So planen die Gewerkschaften wie beim letzten Mal den Aufbau einer Bühne am Zentralen Omnibusbahnhof, die auch für andere Partner zur Verfügung stehen kann. Die Kirchen wollen Friedensgebete anbieten. Die Volkshochschule plane in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung eine Informationsveranstaltung zum Thema Rechtsextremismus, erklärte der Ausländerbeauftragte Eckhard Sander. Das Bündnis "Courage gegen Rechts" bietet speziell für Schulen und Jugendgruppen verschiedene Vortragsveranstaltungen.

Wie es hieß, hätte Bürgermeisterin Maria Unger gern Alt-Kanzler Gerhard Schröder als Hauptredner gewonnen. Doch aus Termingründen habe er absagen müssen.

Das nächsten Treffen des Runden Tisches ist am 6. September, 17 Uhr, im Ratssaal.

[ document info ]  
 Copyright © Neue Westfälische 2006  
 Dokument erstellt am 21.08.2006 um 18:16:14 Uhr  
 Erscheinungsdatum 22.08.2006 | Ausgabe: GUETERSL | Seite: 01